GROSS-BERLIN

PREIS 10 PF.

Der FUNKE

TAGESZEITUNG FÜR RECHT, FREIHEIT UND KULTUR

„Der Funke" erscheint sechsmal wöchentlich. Bei Ausfall der Lieferung infolge höherer Gewalt oder Streik kein Anspruch auf Entschädigung. Bezugspreis 2,— Mark monatlich, zuzüglich Zustellgebühr. Anzeigenpreise nach Vereinbarung. Platz- und Datenvorschriften ohne Verbindlichkeit. Redaktion und Verlag: Berlin S 14, Inselstr. 6a. Fernruf: F 7, Jannowitz, 5909. Postscheckkonto Berlin, Nr. 80460 (Internationale Verlagsanstalt G. m. b. H.).

NUMMER 195 B | BERLIN • Sonnabend, den 20. August 1932 | 1. JAHRGANG

Nazi-Putschgefahr steigt!

Selbst der „Stahlhelm" gegen SA-Terror! Aufgaben für die Einheitsfront der Arbeiter.

Hk. Immer deutlicher ergibt sich aus nach und nach bekannt werdenden Einzelheiten, daß Hitler in jenen Tagen „in den bayerischen Bergen", kurz vor seiner jüngsten Besprechung mit Hindenburg, unter starkem radikalen Druck gestanden hat und noch steht. Ueber interne Vorgänge in Regierungskreisen haben sich die Zeitungen des süddeutschen Katholizismus in letzter Zeit meist als gut unterrichtet herausgestellt. Deswegen ist eine Mitteilung, die der „Bayerische Kurier" von seinem Berliner Mitarbeiter erhält, beachtenswert. Es handelt sich dabei um Hitlers Besprechungen mit der Reichsregierung und dem Reichspräsidenten:

„Es ging nicht nur um die Frage, ob man den Nationalsozialisten sämtliche Staatsämter ausliefern sollte. Wir können heute zunächst nicht deutlicher werden. Es ist anzunehmen, daß die weiteren Auseinandersetzungen zwischen der Regierung und den Nationalsozialisten noch manches zutageförderm werden, was in den Besprechungen zum Vorschein gekommen ist. Nur soviel sei gesagt, daß Hitler seine Forderungen mit einem ganz konkreten Plan zu begründen versuchte und wenn wir richtig unterrichtet sind, dann hat er auch das alte Lied gesungen, daß die restlose Erledigung des Marxismus die Aufgabe seiner Partei und die der nationalsozialistischen Politik sei. Was das bedeutet, braucht man nicht näher zu erläutern."

In Italien hat es z. B. eine Einrichtung wie die der Liparischen Verbannten-Inseln bedeutet, auf denen sozialistische Führer für viele Jahre oder den Rest ihres Lebens eingesperrt sind.

•

Deutlicher als die dunklen Andeutungen des „Bayerischen Kuriers" reden die Enthüllungen des Berliner „Stahlhelm"-Führers, Major von Stephani. Durch Verleumdungen seitens des „Angriffs" gereizt, hat der Stahlhelmer nicht nur Strafantrag gegen den „Angriff" gestellt, sondern veröffentlicht in der „Kreuz-Zeitung" eine Erklärung, in der es unter anderem heißt:

„Im Laufe der vorigen Woche wurden SA-Gliederungen aus Berlin herausgezogen und nordwärts in Marsch gesetzt. Berliner Stahlhelm-Kameraden, von denen bekannt war, daß sie Kraftwagen besaßen, wurden unter Androhung von Gewalt aufgefordert, ihre Fahrzeuge der SA zur Verfügung zu stellen. Andere Meldungen aus dem Brandenburgischen besagen,

daß uniformierte und bewaffnete SA-Leute unter Androhung von Waffengewalt bei Stahlhelmführern die Herausgabe von angeblich versteckten Waffen verlangt hätten.

Sowohl ich wie der Landesführer von Brandenburg, Rittmeister a. D. v. Moroczowicz, haben daraufhin angeordnet, daß alles Eigentum des Stahlhelm zu bewachen sei und die gewaltsame Fortnahme durch SA-Leute zu verhindern wäre. Von dieser Anordnung haben wir dem preußischen Innenministerium Kenntnis gegeben, weil wir einerseits nicht die Absicht hatten, den Stahlhelm von aufgehetzten SA-Leuten terrorisieren zu lassen, andererseits verhindern wollten, daß Stahlhelm-Kameraden in ein aussichtsloses Putschunternehmen hineingezogen werden. Diese Gefahr war um so größer, als

von den SA-Leuten behauptet wurde, daß ihre Unternehmung im Einverständnis mit der Reichswehr erfolgte,

und daß auch seitens der preußischen Polizei keine Gegenwehr zu erwarten sei. Die gegenteiligen Erklärungen des Herrn Reichskommissar für Preußen und des Herrn Reichswehrministers beweisen das Gegenteil. Die Behauptungen der SA-Leute legen aber am deutlichsten Zeugnis davon ab, in welch skrupelloser Weise versucht worden ist, eine gläubige Gefolgschaft gegen die Maschinengewehre der Polizei oder der Reichswehr anlaufen zu lassen, um sie für die ehrgeizigen Pläne unverantwortlicher Unterführer zu opfern und in den sicheren Tod zu treiben."

•

Das bedeutet — abgesehen von der Bestätigung der Putschpläne gewisser Naziführer — eine erhebliche Zuspitzung des Macht-Wettrennens zwischen Schleicher und den Nazis. Und diese Zuspitzung drängt Hitler weiter auf den „revolutionären" Weg. Natürlich ist es nicht heraus, ob er nicht in einiger Zeit kapitulieren und sich von Schleicher in dessen Machtsystem eingliedern oder sich vom Zentrum heiraten lassen wird. Aber die Gefahr eines nationalsozialistischen Putsches stellt für die Arbeiterschaft bereits eine so starke Bedrohung dar, daß Handeln das Gebot der Stunde ist. Denn wenn der Putsch überhaupt gelingt, dann ist es für die Einleitung einer wirksamen Abwehr — wie das italienische Beispiel zeigt — voraussichtlich zu spät. Die Sorge darum, ob er gelingt oder ob er abgewehrt wird, sollte die Arbeiterschaft aber nicht der Reichswehr anvertrauen.

Was die „Rote Fahne" über die Annäherungen zwischen Gewerkschaftsführern und Nazis berichtet, ist kein stichhaltiger Einwand gegen das Gebot der Organisierung der Einheitsfront. Gerade wenn diese Gefahr naheliegt, dann ist es um so weniger zulässig, die Bildung der Einheitsfront bloßer Propaganda anzuvertrauen, statt mit *aller* Macht die etwa schwankenden Elemente in die Klassenfront hineinzubringen. Mit aller Macht — auch mit Spitzenverhandlungen, die von jedem der Partner nur um den Preis eines katastrophalen Kreditabzugs aus den Reihen der eigenen Gefolgschaft würden sabotiert werden können.

Diebe, Kirchenräuber und Brandstifter!

Zierden der Partei der moralischen Erneuerung.

Ein achtzehnjähriger Spitzel soll die NSSAP gründen.

Mit Spannung würden — so schrieb der „Angriff" — die Bemühungen um Gründung einer NS-Partei in der Schweiz verfolgt. Nachdem drei *Deutsche* deswegen vom Bundesrat ausgewiesen worden seien, habe sich jetzt ein *Schweizer* gefunden, der bereit sei, die schwere Pionierarbeit zu beginnen. Der „Angriff" schrieb weiter:

„Der Schweizer Flieger Diggelmann verläßt heute 12 Uhr Berlin und begibt sich nach Leipzig, von wo aus er sich mit dem Flugzeug nach Zürich begeben wird, wo er die aufgenommenen Verhandlungen sofort weiterführen wird. Man darf für nächste Woche den Ausgang dieser Verhandlungen erwarten, welche voraussichtlich mit Erfolg gekrönt sein dürften."

Wenn diese pomphafte Ankündigung nicht von vornherein bloßer Propaganda dienen sollte, dann war sie eine dilettantische Stümperei, nämlich nichts als ein Signal an die Schweizer Polizei, ihre Arbeit zu beginnen. Ueber den weiteren Verlauf der Aktion erfährt denn auch ein Schweizer Blatt, der „Anzeiger von Uster", folgendes:

„Dieser Schweizer Flieger Diggelmann ist . . . im Zürcher Hauptbahnhof von der Kantonspolizei verhaftet und ins Bezirksgefängnis Uster verbracht worden, weil er am 22. Oktober 1931 eine achttägige Gefängnisstrafe wegen Diebstahls hätte antreten sollen, sich ihr aber mit Hilfe der kommunistischen Organisation entzog und nach Berlin verduftete. Der 1914 geborene Jüngling, der in Uster wohnhaft war, war 1931 aus der Zwangserziehungsanstalt Ringwil verschiedentlich ausgebrochen und betätigte sich in Berlin in den kommunistischen Reihen, bis er dann im Januar dieses Jahres zu den Nationalsozialisten übertrat und von seinen einstigen Bundesgenossen als Spitzel entlarvt wurde. In der militärischen Organisation der Nationalsozialisten erlangte er dieses Frühjahr das Fliegerbrevet."

SA-Mann bestiehlt regelmäßig Kirchen-Opferstöcke.

Die „Bremer Nachrichten" (also kein rotes Hetzblatt!) bringen einen Bericht über die Verhaftung eines langgesuchten Kirchendiebes, dem wir folgendes entnehmen:

„In der St. Johanniskirche und in der St. Marienkirche in Bremen ist seit Ostern festgestellt worden, daß die Opferstöcke regelmäßig beraubt wurden. Am Dienstag gelang es, den Dieb auf frischer Tat zu ertappen.

Es handelt sich um

den 1909 in Bremen geborenen zweimal wegen Einbruchs vorbestraften Arbeiter Miklis aus der Gandersheimer Straße. Er gestand ein, seit Ostern zweimal wöchentlich die Opferstöcke beider Kirchen beraubt und jedesmal etwa sechs Mark entwendet zu haben.

Er benutzte bei seinem Diebstahl einen mit Pelikanol-Leim bestrichenen Stock, an dem dann jedesmal eine gewisse Anzahl Münzen kleben blieben. Er hat das Geld zur Bestreitung seines Lebensunterhaltes gebraucht und auch seiner Braut Geschenke davon gemacht.

Miklis trug bei seiner Verhaftung das Abzeichen der SA. Er gab an, dem Sturm 4 der Bremer SA anzugehören. Man fand bei ihm ein langes, auch als Waffe benutzbares Messer.

Die Technik dieses Diebes (den übrigens ein Detektiv entlarvte und nicht die Polizei) zeigt, daß er nicht als Gelegenheitsdieb angesehen werden kann.

SA-Führer als Brandstifter.

Die Landwirte Hermann Erbs und Alfred Steinmann sind als Brandstifter ermittelt worden in einer Reihe von Fällen, die sich in der Nähe von Weimar ereigneten. Es handelt sich wahrscheinlich um Racheakte gegenüber politisch Andersdenkenden. Steinmann ist der Führer der örtlichen SA.

•

Die ganze Partei tritt auf als Erhebung des deutschen Volkes zur Freiheit und moralischen Erneuerung.

Beuthener Sondergericht tagt.

Der lange hinausgeschobene Prozeß gegen die Mörder des Kommunisten Pietzuch hat am Freitag morgen begonnen. Das Interesse des Publikums ist außergewöhnlich stark; 40 Pressevertreter sind anwesend. Den Vorsitz führt Landgerichtsdirektor Himml, Beirichter sind die Landgerichtsräte Hoffmann und Stahl. Dr. Luetgebrune aus Göttingen, der schon manche des Mordes angeklagte Rechtsradikale durch eine geschickte Verteidigung ihrer Strafe entzogen hat — und also ein wahrer „Rechts"anwalt ist —, verteidigt auch diese Angeklagten.

Die Anklage lautet auf Totschlag, so daß der Ausgang des Prozesses für die Angeklagten das Todesurteil bedeuten kann; denn nach der Terrornotverordnung wird „mit dem Tode bestraft, wer einen Totschlag begeht: als Angreifer aus politischen Beweggründen...."

Kottysch, der den Schuß auf Pietzuch abgegeben hat, erklärt, daß er von einer Zivilperson aufgefordert worden sei, „mitzukommen". Der „Unbekannte" habe zu ihm gesagt, alles andere würde sich finden. In dem Auto dieses Unbekannten hätte ein weiterer Unbekannter gesessen; sie seien dann nach einem Lokal gefahren, vor dem aus einem anderen Kraftwagen gerade zwei Männer ausgestiegen seien.

Aus dem Lokal seien mehrere Personen hinzugekommen. Sie seien dann in ein ihm unbekanntes Lokal gefahren und dort mit Bier und Branntwein bewirtet worden. Dann seien sie in einen Hof geführt worden, wo man an die Tür eines Hauses geklopft habe, worauf eine Frau die Tür geöffnet habe. Man habe von ihm verlangt, er solle auf die Frau schießen, er habe das jedoch verweigert.

Dann seien sie auf einen andern Hof gegangen, wo in einem Raume eine Frau und zwei Männer geschlafen hätten. Die Schlafenden seien aufgewacht, und einer der Männer hätte ihm (dem Angeklagten) eine Decke über den Kopf geworfen, die ihn zu Fall gebracht hätte. Darauf habe der Mann gerufen: „Jetzt hole ich eine Pistole und schieße euch über den Haufen." Darauf habe der Führer ihn aufgefordert, auf den Mann zu schießen. Das habe er getan; der Mann sei nach dem Schuß zusammengebrochen. Darauf sei er (der Angeklagte) wieder zurück nach Broslawitz gefahren und in seine Wohnung gegangen.

Die Hetze hat wieder Nahrung.

S. H. Die Nachrichten über Memel, die die „Telegraphen-Union“ sich aus Kowno melden läßt, klingen wenig erfreulich: Maßgebende litauische Regierungskreise studierten eifrig das Haager Urteil; sie planen, „wie verlautet“, im Anschluß daran gewisse Maßnahmen gegen die Ansprüche der Deutschen zu unternehmen, z. B. das Programm der memelländischen Schulen an das der litauischen anzugleichen. Die Kownower Presse setze nach ihrer anfänglichen Zurückhaltung wieder mit einem Feldzug gegen die autonomen memelländischen Behörden ein und werfe insbesondere dem neuen Präsidenten des Direktoriums, Schreiber, vor, er habe die Interessen der Litauer im Memelgebiet vernachlässigt. In einigen extremen Kreisen werde sogar die Wiedereinsetzung des früheren Gouverneurs Merkys gefordert, der die Absetzung Böttchers zu verantworten hatte und mit ihr den ganzen Konflikt zwischen Litauen und dem Memelland aufgerollt hat.

•

Meldungen dieser Art gegenüber ist die größte Vorsicht geboten. Die Ansatzpunkte, die sie für die Voraussage eines litauischen Angriffs auf die Rechte der autonomen memelländischen Behörden bieten, sind äußerst schwach. Die angeblichen Pläne „maßgebender Regierungskreise“ — wer ist da gemeint? — werden nur mit einem „wie verlautet“ mitgeteilt. Die Warnung vor solchen Plänen in dem Ton des Mißtrauens und der Hetze, mit der in der Presse derartige Meldungen verbreitet zu werden pflegen, kann dazu dienen, sie vielleicht erst ernsthaft werden zu lassen.

Dazu kommt zweitens, daß der Bericht über den verschärften Ton der litauischen Presse nicht eingeht auf die Wechselwirkung, die offensichtlich zwischen der Aufnahme des Haager Urteils in Deutschland und Litauen besteht. In Litauen hat man — das gibt selbst die „Telegraphen-Union“ zu — die Entscheidung des internationalen Gerichtshofs ursprünglich mit Ruhe und Zurückhaltung aufgenommen. Inzwischen hat — was im Zusammenhang mit der angekündigten Verschärfung der Lage nicht erwähnt wird — der Memellandbund an die deutsche Regierung einen Appell gerichtet; dieser Appell fordert Unterstützung für das Deutschtum in Memel, *nachdem der Haager Gerichtshof versagt habe.* Ist es da zu verwundern, wenn die litauische Presse einen schärferen Ton anschlägt?

Wir brauchen bei all dem nicht zu übersehen — und wollen es auch nicht —, daß die litauische Regierung faschistisch ist und daß man daher von ihr nichts anderes erwarten kann, als daß sie auch die Vorgänge in Memel von ihrem litauisch-nationalistischen Standpunkt aus betrachtet. Aber je größer bei dem auf *beiden* Seiten wütenden Nationalismus die Gefahr einer neuen Verschärfung der Beziehungen und damit einer Erhöhung der Rüstungsbereitschaft ist, umso dringender ergibt sich für die sozialistische Presse in jedem Land die Aufgabe, allen Uebertreibungen heimzuleuchten und mit besonderer Gewissenhaftigkeit Tatbestände und Demagogie zu trennen. Dafür, daß man ausländischen kapitalistischen Regierungen gegenüber nicht in negativen Chauvinismus verfällt, sorgen deren Untaten schon von selber.

•

Auch in Danzig rumort es bereits wieder. Die dreiste Haltung des Nationalsozialisten Greiser, deren Einzelheiten sich schwer kontrollieren lassen, gibt Anlaß zu gereizten Noten zwischen dem Danziger Oberbürgermeister und dem Vertreter Polens in Danzig.

Die indische Verfassungsreform.

England bevormundet weiter.

Die englische Regierung hat in diesen Tagen ihren Plan für die Verteilung der Sitze in den indischen Provinziallandtagen veröffentlicht, der voraussichtlich zum Gesetz erhoben wird. England hat auch in diesem Fall die Uneinigkeit der verschiedenen Gruppen in Indien zum Anlaß genommen, seinen eigenen Plan zum Diktat zu erheben: MacDonald schreibt in einem Begleitschreiben bei der Veröffentlichung des Planes, die englische Regierung greife nur ungern in diese inneren Angelegenheiten Indiens ein, sei aber bei der Uneinigkeit der indischen Gruppen dazu genötigt. Sie sei aber bereit, ihren Plan zu Gunsten der Prüfung eines indischen Plans auch jetzt noch zurückzustellen, allerdings nur unter der Bedingung, daß die indischen Gruppen sich einmütig auf ihren Vorschlag einigten.

Nach dem englischen Vorschlag soll das Stimmenverhältnis der großen indischen Gruppen, der Hindus, der Mohammedaner, der Sikhs, der Unberührbaren u. a., von vornherein dadurch festgelegt werden, daß jeder dieser Gruppen, die getrennt für sich wählen, ein für alle Mal eine feste Zahl von Delegierten zugewiesen wird, sodaß die Wahl nur über die Verteilung der einer Gruppe zugewiesenen Sitze in ihren eigenen Reihen entscheidet. So sollen z. B. von den 1513 Sitzen, die alle Provinziallandtage zusammen umfassen werden, 705 von Hindus, 489 von Mohammedanern, 71 von „Unberührbaren“ besetzt werden.

Die Mohammedaner und die in Indien lebenden Europäer sind im allgemeinen mit dem englischen Plan zufrieden. Unter den Hindus und den Sikhs herrscht aber große Empörung darüber, daß den Mohammedanern in verschiedenen Provinzen die Mehrheit zugesichert worden ist. Der Hinduführer Narindranath erklärte, die Hindus würden alles tun, sich ihre Rechte zu sichern.

Gefährliche Geheimexperimente

Bei Geheimversuchen ereignete sich auf einem Motorversuchsboot der englischen Marine im Hafen von Portsmouth eine Benzinexplosion, durch die ein Mechaniker getötet und drei andere schwer verletzt wurden. Die Ursache der Explosion ist noch nicht bekannt; sie fand bei Anlassen eines Motors statt.

Durch solche Unglücksfälle wird die Aufmerksamkeit der Oeffentlichkeit wieder einmal auf diese geheimnisvollen Experimente und Uebungen gestoßen, die von militärischen Instanzen — gewiß nicht nur in England — unternommen und den Augen Neugieriger sorgfältig entzogen werden. Die Gefahr, die der menschlichen Gesellschaft von hier aus droht, ist weit größer als die, denen die unmittelbaren Mitarbeiter bei solchen gelegentlichen Unglücksfällen ausgesetzt sind.

Der „Temps“ begrüßt die Annahme des Lausanner Protokolls seitens des österreichischen Nationalrats mit großer Befriedigung. Er sieht in diesem Ereignis die endgültige Erledigung der Zollunions-Pläne von Curtius und Schober. Die Wiederholung derartiger Versuche sei durch die Bestätigung und Klärung des Genfer Protokolls von 1922 für die Zukunft unmöglich gemacht.

Ein deutscher Dampfer geriet am Donnerstag morgen beim Auslaufen aus dem Weißen Meer in die Barentsee (im Norden des europäischen Rußland) in einen schweren Sturm. SOS-Rufe, die der Dampfer in seiner Not aussandte, wurden in Archangelsk aufgefangen, und der russische Dampfer „Sownarkow“ lief zur Hilfeleistung aus. Er fand das deutsche Schiff verlassen und schon halb gesunken vor; der Besatzung war es gelungen, sich inzwischen auf Rettungsbooten ans Land zu retten. Der russische Dampfer barg das deutsche Schiff und einen Teil seiner Fracht.

Das Elend in der Mandschurei.

Tausende sterben.

b Charbin, 19. August.

Die Zahl der bei der Riesenüberschwemmung in den Flußtälern des Sungari und des Nonni ertrunkenen Chinesen wird jetzt mit 30 000 angegeben. Hunderttausende von Flüchtlingen sind infolge Mangels an Lebensmitteln dem Verhungern nahe. Die Weizenernte des heimgesuchten Gebiets ist vollständig vernichtet. Die Getreidelager und Scheunen stehen unter Wasser. Es wird berichtet, daß die Fluten ganze Städte hinweggeschwemmt haben. In Charbin selbst treffen täglich Hunderte von Flüchtlingen ein, die vergeblich Lebensmittel verlangen, da Charbin, das zu drei Vierteln unter Wasser steht, selbst einer Hungersnot nahe ist. Die Flüchtlinge werden in Feldlagern untergebracht. Ansteckende Krankheiten haben bereits viele Opfer gefordert. Mit einem Nachlassen der Ueberschwemmung wird nicht vor Ablauf von 14 Tagen gerechnet.

Ueberschwemmungen in Persien.

Infolge anhaltender Regengüsse sind in Südpersien große Gebiete überschwemmt. Die ganze Ernte soll vernichtet worden sein. In den Fluten sind nach bisherigen amtlichen Feststellungen über 400 Menschen umgekommen. Die persische Regierung hat Geld und Lebensmittel zur Verteilung an die Bevölkerung zur Verfügung gestellt.

Flugverkehr von Griechenland bis Estland.

Am Mittwoch wurde auf dem Warschauer Flugplatz die erste Flugverkehrslinie Warschau—Riga—Reval eröffnet. Dem Führer des Flugzeuges, das zum ersten Mal die Strecke befuhr, wurden von dem polnischen Staatspräsidenten zwei Handschreiben an die Staatsoberhäupter von Lettland und Estland übergeben. Die neue Verkehrslinie ist die Fortsetzung einer Flugverbindung, die von der griechischen Stadt Saloniki über Sofia und Bukarest nach Warschau führt. Die Gesamtstrecke von Saloniki bis Reval beträgt 2700 km und verbindet sechs Länder miteinander: Griechenland, Bulgarien, Rumänien, Polen, Lettland und Estland.

Flugzeugkatastrophen in Frankreich.

Die französische Militärfliegerei wurde wieder von einer Reihe schwerer Unglücksfälle betroffen, die fünf Personen das Leben kosteten.

In den späten Abendstunden des Donnerstag stürzte in der Nähe von Marseille ein mit drei Personen besetztes Bombenflugzeug brennend ab, das an Nachtmanövern teilnehmen sollte. Die drei Insassen konnten nur noch als verkohlte Leichen geborgen werden.

In der Nähe von Chalons-sur-Marne stürzte ein mit vier Personen besetztes Militärflugzeug infolge Motorschadens ab und ging vollkommen in Trümmer. Zwei Insassen waren auf der Stelle tot, während die beiden anderen in hoffnungslosem Zustand in ein Militärlazarett überführt werden mußten.

Ein dritter Unfall ereignete sich auf dem Zivilflughafen von Bron bei Lyon. Ein Militärflugzeug überschlug sich beim Start und wurde zerstört. Der Führer und sein Begleiter erlitten schwere Verletzungen.

Mit Dementis fängt's meist an!

Gegenüber anderslautenden Nachrichten wird von maßgeblicher Seite *mit Bestimmtheit versichert,* daß die Ernennung eines Staatskommissars für die Stadt Berlin nicht beabsichtigt ist. Die Stadt Berlin habe zwar aus letzter Zeit einige Steuerrückstände, sei jedoch in der Lage und berechtigt, diese Rückstände gegen eigene Forderungen an den preußischen Staat aufzurechnen, so daß die Eintreibung der Steuern durch einen Kommissar nicht in Frage komme.

Ein Lastauto, das mit Kindern der Hitler-Jugend besetzt war, geriet beim Ausweichen vor einem Motorradfahrer auf den Fußweg und kippte um. Elf Kinder wurden leicht, eine mitfahrende Frau sowie der Motorradfahrer und dessen Begleiterin wurden schwerer verletzt.

Der Kaiser ging — die Generäle blieben.

59)

Copyright by Malik-Verlag 1932

THEODOR PLIVIER.

Die Matrosen fürchten, zu den Ereignissen in Hamburg zu spät zu kommen. Daß sie vielleicht zu früh kommen und auf dem Bahnhof mit Schüssen empfangen werden könnten — daran denken sie nicht.

Die Fahrt geht durch friedliches Land.

Ein Bauer stapft hinter seinem Gespann her und pflügt die fetten Schollen der holsteinischen Erde um. Vor einem Himmel geballter, glänzender Wolken drehen sich langsam die Flügel einer Windmühle. An einer Bahnschranke stehen Kinder, ein halbwüchsiges zerzaustes Mädchen winkt. Die Dorfstraße liegt im matten Licht der Novembersonne.

Auf einer kleinen Station steigen Munitionsarbeiterinnen ein, junge Frauen zwischen zwanzig und dreißig.

„Wir streiken!“ sagt eine der Frauen.

„Ja, nach Hamburg fahren wir, nach Hause.“

„Es geht ja auch nicht mehr, es mußte so kommen!“

„Die da oben hätten noch lange nicht Schluß gemacht!“

Die Fahrt, die normalerweise kaum drei Stunden dauert, scheint kein Ende nehmen zu wollen. Oft bleibt der Zug stehen. Je näher der Zug Hamburg kommt, um so langsamer geht es vorwärts.

Es gibt keine Zeitungen, aber es sind auch so Nachrichten da:

„Die Hamburger Arbeiter haben die Buden stillgelegt!“

Habt ihr gehört, auch bei ‚Blohm & Voß‘, über der Werft, sollen rote Fahnen gesetzt sein.“

„Auf dem Heiligen Geistfeld war heute vormittag eine große Demonstration.“

„Auf dem Holstenglacis haben Matrosen die Gefangenen rausgeholt!“

„Aus den Kasernen in der Bundesstraße haben die Soldaten Stinkbomben auf die Demonstranten geschmissen!“

„Auch geschossen haben sie! Es hat schon Tote gegeben!“

„Verflucht, fahren wir noch immer nicht weiter?“

„Du, Zugführer — wann geht's denn weiter?“

Jetzt hat doch einer eine Zeitung angebracht, zwei gleich, vom Tage vorher, — das „Berliner Tageblatt“ und den „Vorwärts“.

Im „Berliner Tageblatt“ steht nichts über die Ausbreitung der revolutionären Bewegung, im „Vorwärts“ auch nichts. „Eine Kundgebung der Bewohner Posens — sie wollen deutsch bleiben!“ sagt einer, der Bonczyk über die Schulter sieht.

Bonczyk blättert weiter, um vielleicht doch noch eine Notiz über die meuternden Matrosen, über Kiel oder über Hamburg zu finden. Plötzlich springt er auf und greift sich mit beiden Händen an den Kopf; „Mensch, ich werd' verrückt; ich werd' verrückt! Piek mir doch mal, ob ich noch da bin!“

„Nanu, mach mal halblang!“

„Dir haben se woll, wat?“

„Na hier, les' mal erst!“

Er legt seinen Finger auf einen im „Vorwärts“ abgedruckten Aufruf:

Der letzte Augenblick!

Mittwoch 1 Uhr Schluß der Zeichnungsfrist
für die Kriegsanleihe. Darum zeichne unverzüglich,
wer noch nicht gezeichnet hat!

„Und am Sonntag haben wir schon Tote in Kiel gehabt!“

„Und am Montag haben wir Soldatenräte gewählt!“

„Und Dienstag ist Noske erster Vorsitzender geworden!“

„Und die Zeitung ist vom Mittwoch!“

„Jungens, wir müssen nach Berlin — da müssen wir hin. Schade, daß wir kein Schiffsgeschütz mitbringen und in den ‚Vorwärts‘ reinballern können. Dann würden die vielleicht endlich aufwachen!“

„Wann fahren wir denn nu schon weiter?“

„Wenn's nicht bald losgeht, steigen wir aus.“

„Wie weit ist's denn noch bis Hamburg?“

„Ach, vor Abend kommt ihr da doch nicht hin!“ entgegnet eine der Frauen.

Aber endlich ruckt der Zug wieder an. Die Wagen stoßen ein paarmal schwerfällig aneinander. Die ausgefahrenen Lager und die Räder kreischen. Die Lokomotive scheint auch kriegsausgedient zu sein und auf dem letzten Loch zu pfeifen. Aber dann schafft sie es doch, und langsam rollt der Zug sich wieder ein.

Ein paar Kartoffelhamsterer sind noch zugekommen. Auch ein Infanterist sitzt mit im Abteil; er kommt von seiner Garnison Eckernförde und ist auf dem Wege nach Hause.

Die an der Strecke stehenden Bäume haben keine Blätter mehr — dürftiges, lebloses Gestänge, so ziehen sie an den Fenstern vorbei. Auf den Aeckern klebt eine braune, kalte Feuchtigkeit. Die Sonne ist jetzt weg. Der vom Meer kommende Dunst liegt auf dem Land. Aber die vier Wände des fahrenden Waggons schließen gegen die zerfallende Welt da draußen ab. Eine Heimlichkeit ist da und eine laue Wärme wie in einem Stall. Die Menschen sitzen und stehen eng beieinander. Die einzelnen Paare brauchen sich nicht anzustrengen, um mehr als Tuchfühlung zu bekommen.

Der Waggon ist verräuchert und starrt vor Schmutz.

Die Frauen tragen Kleider aus groben Soldatenstoffen.

Aber das ist nur die Schale — die Haut darunter ist glatt geblieben trotz der Arbeit an den Drehbänken. Hände suchen sich heran. Verflucht nochmal, sechs oder sogar sieben Jahre lang ist man in den Schiffskasematten eingesperrt gewesen! Und die Frauen sind unter den Transmissionen der Munitionsfabriken auch nicht grade gestorben. Nur ihre Männer verwesen in den Massengräbern oder sie haben sich die Syphilis geholt. Vielleicht auch nicht — manche kobern nur ein bißchen mit andern rum und holen sich dabei nichts. Manche werden in vierzehn Tagen oder drei Wochen wieder zurück sein.

Aber das ist ungewiß und jedenfalls weit weg.

Und die Matrosen sind nahe; mit ihrer freien Brust und dem sicheren Kolben machen sie Eindruck auf die Frauen. Nur nicht lange überlegen und nichts versäumen. Jede Eisenbahnfahrt nimmt einmal ein Ende!

„Das vorhin war doch Burgwedel?“

„Bloß noch zwanzig Minuten!“ Das sagt eine, die weiche Augen bekommen hat. Eine andere streicht sich das Haar wieder glatt und verstaut es in ihrer Mütze.

Der Infanterist hat ein Fenster heruntergelassen.

„Eidelstedt, das wird schon Zeit!“ brummt er.

„Aber, Jungens, wir bleiben alle zusammen, das ist abgemacht!“ mahnt Raumschuh.

(Fortsetzung folgt.)

Polizei-Provokation beim Sportfest einer Sammelschule.

Am 14. August feierte in Harburg-Wilhelmsburg die Sammelschule III, wie seit mehreren Jahren üblich, ihr Sportfest. Die Polizei hatte auch den Umzug genehmigt, der sich aus Anlaß des Sportfestes der Schule als schöne Gewohnheit herausgebildet hat. Dann ziehen die Kinder, Eltern und Lehrer der Schule unter den Klängen der Musikkapellen der Arbeiterschaft durch die Straßen zum Sportplatz, werbend nicht nur für den Gedanken der freien, weltlichen Erziehung, sondern auch für den Gedanken der Gemeinschaft von Kindern, Eltern und Lehrern und vor allem für den Gedanken der Einigkeit der Arbeiterschaft, denn hier marschiert der Prolet neben dem Proleten für die Freiheit der Schule ohne Rücksicht, welcher Partei er angehört. Und es war bisher der Stolz der Schule, daß der Parteihader sich von selbst begrub in der gemeinsamen Arbeit der Eltern und Lehrer an der Ausgestaltung der Schule. Die Schule wuchs auch in diesem Jahr, wo alle anderen Schulgattungen Rückgänge zu verzeichnen haben. Am 14. August beteiligten sich etwa 600 Kinder und 200 Erwachsene am Umzug. — Es war sonst üblich, daß bereits beim Abmarsch Polizei anwesend war, die den Zug führte und schützte. Sie fehlte in diesem Jahr. Aber es ging ohne sie ausgezeichnet; denn der Zug zog unterwegs an einem Polizeibeamten vorüber, der ihn ohne ein Wort zu sagen, passieren ließ. Die Ordnung muß also mustergültig gewesen sein. Schulleiter und Elternbeiratsvorsitzende führten den Zug, es folgte die Kapelle des Arbeiterturnvereins, dann die Kinder in ihren Turnanzügen. An den Kinderzug schloß sich die Schalmeienkapelle, der der Zug der Eltern, und zwar zunächst die Frauen, folgte. Die Straßen, die zunächst passiert wurden, waren nicht sehr verkehrsreiche Straßen, ohne Straßenbahn. Naturgemäß ging man bei der Hitze nicht so dicht zusammen, sondern nahm fast die ganze Straßenbreite ein. Etwa die Hälfte der Umzugsstraßen hatte man bereits hinter sich, als man merkte, daß die Polizei sich doch um den Umzug kümmerte und sich um irgend etwas bemühte — wodurch im Endergebnis die Ruhe und Ordnung gestört, die Kinder in Lebensgefahr gebracht und den Eltern ins Bewußtsein gerufen wurde, daß man mit Kommunisten nicht Umzüge machen dürfe, selbst wenn sie polizeilich genehmigt sind.

Wir bringen hier die Berichte von Augenzeugen; einen gibt die parteilose Frau D., **einen die kommunistische Bezirkszeitung: „Norddeutsche Zeitung".**

„Ecke Ernastraße und Vogelhüttendeich bekam ich mit dem Rad einen Stoß, daß ich zurücktaumelte. Die Musik spielte, sodaß man nichts hören konnte, was hinter einem war. Ich taumelte zur Seite und als ich richtig zusah, was mir passiert war, hatte mich ein Polizeibeamter mit einer **braunen Jacke angefahren, daß er vom Rad herunter mußte. Dann stieg er wieder auf. Es war nur ein kleines Stück** bis zur Kapelle hin; wir gingen ziemlich dicht. Der Beamte bekam den ersten Trommler von der letzten Reihe zu fassen, schlug ihm gleich mit der Faust auf den Arm, daß dieser zur Seite rechts hinüberging; mit dem zweiten Mann passierte dann dasselbe. Darauf machte dieser (der Musiker) mit der Hand ein Zeichen, woraus ich schließe, er möchte von vorne anfangen, weil er sich nach dem Vordermanne richtet. Dann kam der Beamte zum dritten Mann. Als er dem den ersten Schlag mit der Faust gegen den Arm gab, drehte derselbe sich erschrocken zur Seite, worauf der Beamte nochmal zufaßte und ihm den Aermel aus dem Hemd riß (in Fetzen). Die Beamten haben die Musikkapelle nicht bis nach vorne überholt, sondern nur bis zum dritten Glied von hinten. — Die Musiker sind gleich darauf mehr nach rechts gegangen und haben nichts erwidert. Die Kapelle ist nicht einmal zum Stocken gekommen im Spielen. Ich nehme an, daß der Beamte in der braunen Jacke, weil keine Antworten und Widerreden gegeben wurden, so erregt war, daß er den Gummiknüppel zog, worauf der Beamte in der blauen Uniform ihm auf die Schulter klopfte und ihm etwas sagte. (Zur Beruhigung?) Darauf drehten beide Beamte mit dem Rad um und fuhren wieder den Vogelhüttendeich zurück. Für uns war die Sache da abgetan. — Als wir in die Veringstraße (Hauptverkehrsstraße mit Straßenbahn) bogen, ging der ganze Zug rechts. Denn es kam die Straßenbahn.

Wir sahen von weitem das Ueberfallkommando. Es ließ den Umzug der Kinder passieren. Als jedoch die Kapellen herankamen, stand der Beamte in der braunen Jacke als erster und riß den ersten Musiker, ihm den Arm umdrehend, aus der Reihe. Der guckte, taumelte, ging mit. (Aufs Ueberfallauto.) Ich habe noch nie zugesehen, noch nie einen Umzug mitgemacht, — den haben sie aber reingeflitzt. — Mit einem Jupps lag er oben auf der Bank. Dann ließen sie zwei Reihen vorbeigehen und nahmen den ersten aus der zweitletzten Reihe mit. (In derselben Art.) Sie sind freiwillig zum Ueberfallauto gefolgt. (Gesucht hat der in der braunen Jacke, zuletzt stand der in der blauen Uniform mit dem Gummiknüppel dabei.) Während der Verhaftung sind wir immer weitergegangen, auch die Schalmeienkapelle hat weiter gespielt bis zum Sportplatz. — Betonen möchte ich, daß ich parteilos bin. Es wäre nicht nötig gewesen, mich anzufahren. Ich war am Außenrand des Zuges und bis zum Kantstein war für einen Radfahrer Platz genug, das weiß ich aus Erfahrung und wenn der Polizeibeamte in der braunen Jacke nicht wie wild auf die Schalmeienkapelle gesaust wäre, wäre das Anfahren nicht nötig gewesen. Man sah es seinem Gesicht an, daß er es nur auf die Schalmeienkapelle abgesehen hatte; sein Gesichtsausdruck war, als wenn man einem Stier ein rotes Tuch vor Augen schwingt." (Stenographierte Aussage von Frau D.)

Die kommunistische Zeitung schreibt u. a. folgendes:

Plötzlich tauchten zwei Schupos auf Fahrrädern auf und wollten den Zug überholen. Als sie die letzte Schalmeienkapelle erreichten, hinter der die Frauen marschierten, wurde eine Frau von dem Polizeibeamten Garbers mit dem Fahrrad angefahren, sodaß die Frau zu Fall kam. Garbers stieg wieder auf sein Rad und fuhr bis an die Schalmeienspieler vor. Nach der Geste zu urteilen, nahmen die Frauen an, daß die Leute weiter nach rechts gehen sollten. Da die Kapelle aber gerade spielte, konnte natürlich keiner ein Wort verstehen. Garbers stieß einen Spieler einfach zur Seite!

Jetzt wurde er aber von seinem anderen Polizeikollegen aufgefordert, den Unsinn sein zu lassen! Das brachte diesen Braunjackenschupo noch mehr in Fahrt. Mit dem Gummiknüppel fuchtelnd, stürzte er sich auf einen Flügelmann der Kapelle und riß diesem buchstäblich das Hemd vom Körper. Damit nicht genug, rief er das Ueberfallkommando an.

Der Frauen, die gerade hinter der Kapelle marschierten, bemächtigte sich natürlich eine ungeheure Empörung, da gerade sie den ganzen Vorfall am besten beobachteten und die Schuldlosigkeit der Arbeiter gesehen hatten. Trotzdem wurde der Zug in alter Disziplin weitergeführt. Als der Zug in die Veringstraße kam, wurde er von zehn jungen Polizeibeamten empfangen. Hier hatte der Garbers, der die Leute kurz vorher zu provozieren versuchte, Aufstellung genommen und bezeichnete zwei Spieler aus der Kapelle, die dann verhaftet wurden.

Außerdem wollten sich die blutjungen Polizeibeamten noch ruhestiftend betätigen. Mit dem Gummiknüppel wurde jeder bearbeitet, der sich auf der Straße sehen ließ. Einem Schwerbeschädigten wurden, trotzdem er die Beamten auf seine Invalidität aufmerksam machte, zwei Hiebe mit dem Gummiknüppel auf den Kopf versetzt, sodaß er zusammenbrach. Der Vater des Schwerbeschädigten sowie seine Frau wurden einfach beiseite gestoßen. Kein einziger der Mißhandelten hatte am Schulumzug teilgenommen!

Von Parteilosen und einigen SPD-Funktionären wurde nach dem Verantwortlichen bei der Polizei gefragt. Darauf erhielten sie von Garbers zur Antwort:

„Hier gibt es keine Führer, hier gibt es nur was mit dem Gummiknüppel!"

Ein Arbeiter sagte dem Chauffeur, weil er etwas älter aussah und annahm, mit ihm vernünftiger sprechen zu können: „Ihr seid doch eigentlich auch Kollegen?" Dieser antwortete:

„Was Kollegen, verschwindet hier, ihr Halunken!"

Der SPD-Distriktsführer Heilmann sagte zu den „Ordnungshütern": „Wir werden uns bei unserm Polizeipräsidenten Wentker über ihr unverantwortliches Verhalten beschweren!" Darauf bekam er zur Antwort: „Gehen Sie doch los mit ihrem Wentker, hören Sie doch bloß auf mit Ihrem Wentker, hier bestimmen wir und kein anderer. Wir bestimmen, was hier gemacht wird!"

Selbstkritik der KP am Berliner Wahlergebnis.

Die „Rote Fahne" vom 19. August veröffentlicht die Resolution, die von der Bezirksleitung Berlin-Brandenburg der Kommunistischen Partei am 3. August als ihre Stellungnahme zum Berliner Wahlergebnis beschlossen worden ist. Wir bringen hier einige Stellen aus dieser Resolution; besonders bemerkenswert ist, daß die bedeutendsten Verluste der KP im **Wedding und in Neukölln zu verzeichnen sind. Im Wedding** hat die KP seit der Reichstagswahl von 1930 7340 Stimmen (7,4 Prozent), in Neukölln 3550 Stimmen (5 Prozent) verloren. Dazu heißt es in der Resolution:

„In Berlin ist es der Parteiorganisation im allgemeinen nicht gelungen, die Stimmenzahl von 1930 zu erreichen. Mit 17 983 Stimmen stehen wir in den Verwaltungsbezirken Groß-Berlins hinter 1930 zurück. Allgemein kann gesagt werden, daß wir in den Gebieten die Wahlziffer von 1930 überschritten haben, wo wir an der Spitze der kämpfenden Einheitsfront der Arbeiter den Kampf gegen den Faschismus am besten geführt haben. Die bedeutendsten Verluste gegenüber 1930 haben wir in den Arbeiterbezirken Wedding, Neukölln, Prenzlauer Berg, Kreuzberg und Mitte zu verzeichnen. Die ungenügende Massenmobilisierung kommt u. a. auch darin zum Ausdruck, daß die Wahlbeteiligung geringer ist als in Potsdam I und II. Offensichtlich wurde besonders in diesen Wahlgebieten die antiparlamentarische Stimmung, die in der Nichtbeteiligung an der Wahl ihren Ausdruck fand, unterschätzt.

Bereits das Wahlergebnis vom 24. April ist eine ernste Warnung für unsere Organisation. Es ist uns wohl in den drei Monaten gelungen, die Verluste der Preußenwahl zu überholen und in einigen Gebieten, wo der antifaschistische Kampf, die Erwerbslosen- und Mieterbewegung besonders aktiv geführt wurde, an das Reichstagswahlergebnis heranzukommen, aber im allgemeinen ist noch ein bedeutendes Zurückbleiben zu verzeichnen. Nach dem 30. September 1930 haben sowohl die Nazis wie die SPD ihre Hauptkräfte auf Berlin konzentriert, um den kommunistischen Einfluß zurückzudrängen. Dieser Angriff des Gegners wurde teilweise unterschätzt. Die Kennzeichnung „Das rote Berlin" hat Tendenzen einer Unterschätzung der gegnerischen Kräfte mit sich gebracht. Statt zu erkennen, daß gerade angesichts des großen Einflusses unserer Pareti in Berlin viel größere Anstrengungen notwendig sind, um das Erreichte zu festigen und weiteren Einfluß zu gewinnen, wurden keine neuen Methoden angewendet, um tiefer in die Massen zu dringen.

Es haben sich zeitweise in der Berliner Organisation Tendenzen gezeigt, die systematische Kampforganisierung durch allgemeine — manchmal phrasenmäßige — Agitation zu ersetzen.

Die Hauptursachen des unbefriedigenden Wahlergebnisses für Groß-Berlin sind folgende:

1. Teilweises Zurückweichen vor dem faschistischen Terror in den Betrieben und Wohngebieten. (Z. B. Duldung der Sprengung von Arbeiterversammlungen durch die Nazis. Charakteristisch dafür war die freiwillige Schließung einer Versammlung im UB. Zentrum.)

2. Versagen der Parteiorganisation am 20. Juli, wo es nicht gelang, unmittelbar Massenaktionen und Massenstreiks durchzuführen. Dabei zeigte sich offensichtlich die Folge der Vernachlässigung der innergewerkschaftlichen Arbeit, die es der Geworkschaftsbürokratie möglich machte, die Arbeiter am Streikkampf zu hindern.

3. Ungenügende Anwendung der Einheitsfronttaktik in den Betrieben, an den Stempelstellen und in den Wohngebieten gegen den Faschismus, was sich besonders im Wahlergebnis verschiedener Arbeiterbezirke zeigt (Neukölln, Wedding). Auch das Angebot der Bezirksleitung an die SPD zur gemeinsamen Demonstration war geeignet, Illusionen über die Politik der SPD zu erwecken und die Initiative zur Entfaltung von Einheitsfrontaktionen in den Betrieben an den Stempelstellen und in den Wohngebieten zu hemmen. (!)

4. Ungenügende Anleitung der Zellen zur eigenen Intiative in der Organisierung der kämpfenden Einheitsfront gegen den Faschismus.

Die Lehren der Antifaschistischen Aktion zeigen, daß unsere Parteiorganisation trotz aller Fortschritte noch immer nicht gelernt hat, „die wirkliche Umwandlung unserer Partei von einer Partei der bloßen Agitation und Propaganda zur Führerin aller Aktionen und Kämpfe des Proletariats durchzusetzen." (Thälmann.)"

Manche Ansätze zu einer ordentlichen Selbstkritik. Allerdings fühlt man sich angesichts der jahrelangen Erfahrungen mit der KP und ihren ständigen Selbstkritiken, denen in der Regel nichts folgt, versucht, mit Faust zu sagen: Die Botschaft hör' ich wohl, allein mir fehlt der Glaube!

Zwei Zeitungsverbote.

Der Oberpräsident von Schleswig-Holstein hat die kommunistische „Hamburger Volkszeitung" und die nationalsozialistische „Schleswig-Holsteinische Tageszeitung" auf die Dauer von je acht Tagen verboten. Die Kommunisten sollen den „Richterstand beschimpft und böswillig verächtlich gemacht" haben. Die Nazis hatten einen ihrer Artikel überschrieben: „Alle amtlichen Lügen widerlegt."

Die Abteilung „Rundfunk" der Reichsleitung der NSDAP verwahrt sich gegen den Verdacht, als könne ihr die Ernennung des Nazi Scholz zum Reichsrundfunkkommissar genügen. „Die Leitsätze der Rundfunkreform des Reichsministers des Innern" — so heißt es in der nationalsozialistischen Erklärung — „stehen im Widerspruch zu den vorliegenden Plänen der NSDAP über eine nationalsozialistische Rundfunkerneuerung. (!)

Zwei Riesen-Schadenfeuer.

In einem dreistöckigen Nebengebäude der Vigogne-Spinnerei von Scherff in Wordau brach am Mittwoch abend ein Feuer aus, das sich schnell ausbreitete und das ganze Gebäude vernichtete. Die Feuerwehr hatte bis um Mitternacht mit der Bekämpfung des Feuers zu tun.

Am Donnerstag früh 4 Uhr stand plötzlich das Nürnberger Sägewerk Ferdinand Weiß, ein Zweigbetrieb der Firma in Frankfurt a. M., in Flammen. Das Feuer breitete sich mit großer Schnelligkeit auf die Gatteranlage und Spezialmaschinenräume aus, die ebenso wie das Maschinenhaus vollständig ausbrannten. Das Feuer griff auch auf die großen fertigen und rohen Holzvorräte und Riesenbretterstöße über. Nur der völligen Windstille ist es zu danken, daß das Feuer nicht auch auf das Wohnhaus der Angestellten, auf die Stallungen, das Hobelwerk sowie auf den nur durch das Bahngleis getrennten Bahnhof Waldthurn übergriff. Die Ursache des Brandes ist noch unbekannt. Es wird Brandstiftung angenommen. Der Schaden soll über 100 000 Mark betragen.

Feme in der SA?

In unserer gestrigen Nummer äußerten wir, gestützt auf Tatsachen wie die hervorragende Rolle ehemaliger Fememörder in der NSDAP und die merkwürdig häufigen „Unglücksfälle" der Tötung von Nazis durch Nazis, den Verdacht, daß es sich um Fememorde handeln könnte. Er wird bekräftigt durch folgende Nachricht, die der „Vorwärts" erhält:

„Wieder wird ein Ueberfall von SA-Leuten auf einen SA-Mann gemeldet. In Grevenbroich wurde ein junger Nationalsozialist überfallen und mit Messern so zugerichtet, daß er wahrscheinlich sein Leben lang ein Krüppel bleiben wird. Die Täter sind verhaftet. . . . Der hinterlistige Ueberfall erfolgte, weil der Nationalsozialist sich gegen die Beschuldigung gewehrt hatte, er habe Parteigelder unterschlagen. Seine SA-Kameraden lauerten ihm deshalb auf und behandelten ihn nach den Methoden, die ihnen von ihren Führern gelehrt werden."

Weshalb hatte man wohl den SA-Mann der Unterschlagung von Parteigeldern beschuldigt?

BESTELLSCHEIN

Hiermit bestelle ich die Tageszeitung „Der Funke"

vom ..... ab zum Preise von monatlich 2.— RM zuzüglich Bestellgeld.

Name **Ort**

Straße und Hausnummer

Bitte ausgefüllt Ihrem Briefträger übergeben oder — mit 4 Pf. frankiert — an den Verlag senden: IVA, Berlin S 14, Inselstr. 8a.

Streik trotz reformistischer Beschlüsse.

Die Parole der nordenglischen Textilgewerkschaften, mit dem Aufruf zu einem allgemeinen Textilstreik bis zum 27. August zu warten und inzwischen noch einmal Verhandlungen mit den Unternehmern aufzunehmen, hat die Ausdehnung des Weberstreiks in Burnley nicht lahmgelegt. In Preston, Failsworth und anderen Industrieorten wurden am Mittwoch verschiedene Webereien geschlossen, da der größte Teil der dort beschäftigten Arbeiter in den Streik getreten war. Am Donnerstag wurden weitere Webereien geschlossen. Insgesamt sind jetzt durch den Streik 83 Betriebe stillgelegt worden; 23 000 Arbeiter stehen im Streik.

MacDonald, der sich durch den dauernden Lohndruck, dem die Weber in den vergangenen Monaten ausgesetzt waren, nicht zum Eingreifen hat bewegen lassen, fühlt sich — als Lakai des Bürgertums — durch die Ausdehnung des Streiks beunruhigt. Er hat sich mit dem Arbeitsministerium in Verbindung gesetzt, um Maßnahmen zur Klärung der Lage zu beraten.

Die Streiklage hat sich in Lancashire dadurch noch erheblich verschärft, daß aus Manchester Polizeitruppen zur Unterstützung der Polizei von Burnley herangezogen worden sind. Der Präsident des Weberverbandes in Lancashire droht mit der sofortigen Ausrufung des Generalstreiks aller Weber in Lancashire, wenn die Zusammenziehung der Schutzleute im Gebiet von Burnley fortgesetzt wird.

Gewerkschaftsvertreter sollen bei der Einsargung des Tarifrechts helfen.

Der Reichsarbeitsminister hatte die Vertreter der Spitzengewerkschaften zu Freitag zu einer Besprechung geladen. Diese Besprechung sollte sich, nach Mitteilungen aus den christlichen Gewerkschaften, mit der Auflockerung des Tarifwesens beschäftigen. Die Besprechung ist verschoben worden und findet vielleicht in der kommenden Woche statt.

Die Angestellten-Kündigungen bei den Landratsämtern.

Zu der Behauptung, die preußische Staatsregierung habe sich entgegen ihrer Versicherung, die bei der Zusammenlegung der Landkreise etwa freiwerdenden Angestellten in anderen Dienststellen unterzubringen, über die Zusage ohne weiteres hinweggesetzt, und diesen Angestellten auf telegraphischem Wege jetzt gekündigt, erklärt Dr. Bracht folgendes: „Diese Darstellung ist unrichtig, denn an dem zugesicherten Entgegenkommen der preußischen Staatsregierung hat sich nichts geändert. Es war im Gegenteil, um Spielraum in der Unterbringung der freiwerdenden Angestellten zu gewinnen, direkt notwendig, diese vorsorgliche Kündigung auszusprechen, und zwar weil nach § 36 des preußischen Angestellten-Tarifvertrages die Versetzung eines Angestellten — im Gegensatz zu den beamtenrechtlichen Vorschriften — an seine persönliche Zustimmung gebunden ist.

Die staatlichen Angestellten bei den Landratsämtern der durch die Verordnung vom 1. August 1932 aufgelösten Kreise werden voraussichtlich alle in der landrätlichen Verwaltung dauernd wieder verwendet werden können.

In dem Erlaß über die vorsorglich ausgesprochene Kündigung vom 13. August 1932 ist sogar auf diese Wiederverwendung besonders hingewiesen."

Unternehmerfrechheiten.

Willfährige Schlichtungsinstanzen.

Im Vertrags- und Lohnstreit für das Holzgewerbe in Schlesien waren vor einigen Tagen wieder einmal Verhandlungen anberaumt. Eingeladen hatte der Oberregierungs- und Gewerberat Professor Kramer, der vom Reichsarbeitsministerium als Sonderschlichter für diesen Streitfall eingesetzt worden ist. Es kam aber zu gar keinen Verhandlungen, da die Vertreter der beteiligten Unternehmerverbände erklärten, sie seien nur gekommen, um dem Sonderschlichter und den Arbeitervertretern zu sagen,

daß sie (die Unternehmer) bisher noch keine Zeit gehabt hätten, ihre Stellungnahme für die Verhandlungen gemeinsam festzulegen.

Das könnte wahrscheinlich erst im September oder noch später geschehen,

da ihre Ausschußmitglieder durch Urlaub und Geschäftsreisen vorher keine Zeit dazu hätten.

Selbstverständlich sind das nur faule Ausreden. Die Verhandlungen wurden abgesetzt. Sie sollen im September wieder aufgenommen werden.

Wenn sich die Arbeitervertreter so verhalten hätten, würde man wahrscheinlich in ihrer Abwesenheit verhandelt und die Unternehmerforderungen erfüllt haben.

Man darf sich nicht ins Boxhorn jagen lassen.

Vor dem Arbeitsgericht in Bremen wurde kürzlich ein interessanter Streitfall verhandelt, bei dem sich die örtlichen Vorsitzenden des Holzarbeiter-Verbandes und des Arbeitgeberverbandes als Vertreter der Prozeßparteien gegenüberstanden. Unter dem Vorsitz des Schlichters Dr. Völkers war ein Schiedsspruch gefällt worden, der wesentliche Verschlechterungen des Mantelvertrags und des Tariflohns brachte. Dieser Spruch wurde von den Holzarbeitern abgelehnt. Noch vor Ablauf der Erklärungsfrist hatte der Arbeitgeberverband seine Mitglieder angewiesen, die im Schiedsspruch vorgesehenen Verschlechterungen durchzuführen. Dagegen hat der Betriebsrat der beklagten Fabrik Einspruch erhoben, und die Arbeiter haben die reduzierten Löhne nur unter Protest angenommen. In dem zur Verhandlung stehenden Fall hatte die Firma entsprechend dem Schiedsspruch die Ferienentschädigung *nur zu drei Fünfteln auszahlen wollen.* Das Arbeitsgericht entschied aber, daß der Kläger *zur Zeit seines Urlaubs Anspruch auf Bezahlung zu den alten Bedingungen hatte.* Die Firma wurde verurteilt, die volle vertragliche Entschädigung zu zahlen.

Arbeitszeitverkürzung bei der Bewag.

Durch Direktionsverfügung wurde gestern sämtlichen Arbeitern und Angestellten der Berliner Elektrizitätswerke (Bewag) mitgeteilt, daß infolge der „Verschlechterung der Absatzverhältnisse" und zur „Vermeidung weiteren Personalabbaus" ab 1. Oktober die Arbeitszeit verkürzt werden soll. Für Angestellte soll die 45stündige Arbeitswoche eingeführt werden; um diese durchführen zu können, sind die Einzelverträge der Angestellten zum 30. 9. gekündigt worden. Da ein Lohnausgleich nicht vorgesehen wird, würden durch diese Maßnahme die Gehälter um etwa 6 Prozent gesenkt.

Für die Arbeiter ist die 40stündige Arbeitswoche vorgesehen (sie arbeiten bereits jetzt nur 44 Stunden). Ueber die Durchführung dieser Maßnahme werden Einzelheiten erst noch mitgeteilt werden. Da erst vor wenigen Wochen ein Lohnabbau bei den Arbeitern durchgeführt worden ist, scheut die Direktion sich wohl, ihnen sofort die Herabsetzung der Arbeitszeit ohne jeden Lohnausgleich anzukündigen.

Mit den Gewerkschaften sind Verhandlungen über diesen Vorstoß der Direktion noch im Gange. Die Tarifverträge für Arbeiter und Angestellte laufen am 30. September sowieso ab.

Gegen eine Verkürzung der Arbeitszeit im Interesse arbeitsloser oder sonst arbeitslos werdender Kollegen hat natürlich niemand etwas einzuwenden. Eine Notwendigkeit, sie ohne Lohnausgleich durchzuführen, erkennt jedoch die Bewag-Belegschaft in Anbetracht der guten Gewinne dieses Unternehmens nicht an. Außerdem besteht die begründete Befürchtung, daß die Verkürzung der Arbeitszeit gar nicht neue Arbeitsplätze schafft, weil die gleiche Arbeitsleistung wie bisher, nur in kürzerer Zeit, verlangt werden wird.

Um das Arbeitsbeschaffungsprogramm.

Zwischen dem Reichskanzler und dem Reichsbankpräsidenten hat am Donnerstag eine Unterredung über die Finanzierung der Arbeitsbeschaffung stattgefunden. Hugenbergs Telegraphen-Union hat darüber kurz nach einander zwei Mitteilungen ausgegeben: Nach der einen kann von Meinungsverschiedenheiten zwischen Reichskanzler und Reichsbankpräsidenten keine Rede sein; nach der anderen konnte eine Einigung noch nicht erzielt werden. Die zweite Meldung scheint wahrscheinlicher.

Trotzdem soll über das Arbeitsbeschaffungsprogramm eine entscheidende Kabinettssitzung stattfinden. Es handelt sich dabei bekanntlich um Arbeitsbeschaffungsprojekte im Gesamtbetrag von 200 Millionen Mark (vergleiche dazu den Reichsbankbericht im gestrigen Wirtschaftsteil).

Wieder Preisüberwachung.

Wie stets in Zeiten besonderer Ratlosigkeit tritt in Ermangelung durchgreifender Maßnahmen eine Preisüberwachungsstelle in Tätigkeit.

Der Reichskommissar für Preisüberwachung teilt mit, ihm seien zahlreiche Klagen darüber zugegangen, daß im Kleinhandel mit Fleisch vielfach Preiserhöhungen vorgenommen worden seien, die in keinem Verhältnis stünden zu den durch die Einführung der Schlachtsteuer und die Steigerung der Viehpreise entstandenen Mehrkosten. — Der Reichskommissar wird eine Nachprüfung der Kleinhandelsspanne von Fleisch vornehmen.

Erlaubnis zur Benutzung von Schulräumen.

Die den Vereinen erteilte Benutzungserlaubnis für Turnhallen und andere Schulräume in den Bezirken Mitte, Tiergarten, Wedding, Prenzlauer Berg, Friedrichshain und Kreuzberg erlischt Ende September 1932. Für das Winterhalbjahr kann die Benutzungserlaubnis unter Verwendung der üblichen Vordrucke — die an interessierte Vereine von den Bezirksjugendämtern der angegebenen Bezirke, sowie an der Schulverwaltung im Stadthaus, Berlin C 2, Jüdenstraße, kostenlos abgegeben werden — beantragt werden.

Verantwortl. Schriftleiter: Willi Eichler, Berlin. Anzeigen: R. Lippmann, Berlin. Verl.: Internationale Verlagsanstalt GmbH., Berlin S 14, Inselstr. 8 a. Tel.: F 7 Jannowitz 5909. Druck: A. Janiszewski, Buchdruckerei und Verlag GmbH., Berlin SO 36, Elisabethufer 28/29.

iSK.

7. JAHRGANG 8. HEFT AUGUST 1932

Inhalt:

JULIUS PHILIPPSON:

Jugend und Krieg.

*

HANS LEHNERT:

Kleinstaaterei und Nationalismus.

*

HANNA FORTMÜLLER:

Vorwärts zur Einheitsfront!

Zeitschrift des Internationalen Sozialistischen Kampf-Bundes. Preis monatl. 20 Pf. Probenummern kostenlos. Deutsche Ausgabe.

Internationale Verlagsanstalt G. m. b. H., Berlin S 14, Inselstr. 8a.

MAGDEBURG

Zum frischen Obst

schmecken **rohe Gebirgs-Haferflocken** vorzüglich.

1 Post-Paket (9 Pfund) nur 3,60 RM ab hier.

Vorauszahlung auf Postscheck-Konto Magdeburg 179 24 erbeten.

Frischkost-Reformhaus
Magdeburg, O. v. Guerickestr. 104.

Maßarbeit erstklassig und billig

Herren-Anzüge / Mäntel / Damen-Kostüme
Aufbügeln und Reparaturen

ALFRED ARENSBERG
Berlin-Reinickendorf-Ost
Hinter der Dorf-Aue 14

Reparaturen von elektrischen Bügeleisen, Klingelanlagen usw. Spezialität:

Anfertigung mod. Tisch- u. Nachttischlampen

G. Funke
Elektrotechniker
GÖTTINGEN / Jüdenstraße 8, III.

BERLIN

DIE KAMERA

Unter den Linden 14 — A 1 Jäger 2987.

Ab 17. August:

Der große Gabbo

mit Erich Stroheim und Betty Compson. / Die seltsame Geschichte eines Bauchredners und seiner Puppe Otto.

Fox tönende Wochenschau.

Anfangszeiten 17, 19 und 21 Uhr

Freunde und Leser des „Funken"!

Unterstützt Eure Zeitung!

Werbt Abonnenten! Sammelt Anzeigen! Bevorzugt bei Einkäufen unsere Inserenten!

Zeitschriften, Broschüren, Flugschriften, Plakate

stellt schnell, sauber und billig her

Oscar Wettig, Gelnhausen

Sprechapparate Koffer/Schatullen/Schränke

Schallplatten für Konzert und Unterhaltung in allen Preislagen / Verlangen Sie Angebote!

Otto Pfotenhauer, Weimar, Röhrstr. 40.

Was soll die Arbeiterschaft tun gegen die Militärdiktatur in Deutschland?

Das Zurückweichen der organisierten Arbeiterschaft vor Papen, Schleicher und den hinter ihnen stehenden Unternehmern und Großagrariern macht weitgehend eine Neuorientierung der klassenbewußten Arbeiter in den grundsätzlichen und taktischen Fragen notwendig.

„Ohne revolutionäre Theorie keine revolutionäre Praxis!" Die Theorie, auf der der ISK seine politische Arbeit aufbaut, ist in folgenden, kurzgefaßten Schriften niedergelegt:

LEONARD NELSON: Die bessere Sicherheit. Ketzereien eines revolutionären Revisionisten. 2. Aufl. 22 Seiten. 0,40 M. Diese Schrift enthält die kritische Auseinandersetzung mit dem „historischen Materialismus".

MINNA SPECHT: Jakob Friedrich Fries. Der Begründer unserer politischen Weltansicht. 26 Seiten. 0,60 Mark.

Verlag „Öffentliches Leben"
Berlin S 14, Inselstr. 8a. Postscheck: Berlin 313 42

Aus dem Reiche Justitias.

Ein Hamburger Gericht verurteilte den Kommunisten Völzer wegen Rädelsführerei beim Aufruhr zu zwei Jahren Zuchthaus. — Er hatte einem Polizisten, der einen Reichsbannermann verfolgte, mit einem harten Gegenstand über den Kopf geschlagen, sodaß er zu Boden stürzte. Zwei Mittäter erhielten je zehn Monate Gefängnis zudiktiert.

Die ersten Sondergerichtsverhandlungen in Ostpreußen begannen vor dem Allensteiner Sondergericht. Wegen unerlaubten Waffentragens wurde der sechsundzwanzigjährige Andreas Dödner (Partei unbekannt) zu drei Monaten Gefängnis verurteilt. Er war auf der Straße im Besitz eines spitzen, dolchartigen Messers angetroffen worden. Er hatte als Erklärungsgrund angegeben: es sei ihm von einem unbekannten Betrunkenen heimlich zugesteckt worden.

Der kommunistische Stadtverordnete Franz Grzeski (natürlich muß die Sondergerichtsserie auch in Ostpreußen mit einem linksgerichteten Angeklagten beginnen!) wurde zu fünf Monaten Gefängnis verurteilt; außerdem wurden ihm die bei einer Haussuchung bei ihm gefundenen Waffen abgenommen: eine Pistole, Munition, ein dolchartiges Messer und verschiedene Totschläger.

Beide Angeklagte müssen die Strafe sofort antreten.

In Frankfurt a. d. Oder wurde ein Möbelpolierer aus Berlin zu fünf Monaten Gefängnis verurteilt, weil er sich an einem „Ueberfall von zwanzig Reichsbannerleuten auf einen siebzehnjährigen Nazi" beteiligt haben soll. Der Staatsanwalt hatte nur drei Monate beantragt.

Felseneckprozeß vertagt.

Die für den Freitag angesetzte Sitzung im Felseneckprozeß wurde auf den 25. August vertagt, weil der Vorsitzende abwarten will, wie das Kammergericht auf die Beschwerde des hinausgewiesenen Verteidigers Dr. Litten reagieren wird.

Wieder „aufreizende Reden" — bei Reichsbannerfrau.

Das Breslauer Sondergericht verhandelte gegen die Ehefrau eines Reichsbannerfunktionärs: Adele Steiner, die am Tage nach dem Ohlauer Blutsonntag bei einer „Zusammenrottung" auf der Straße „aufreizende Reden geführt" haben soll. Die Beweisaufnahme ergab, daß sie gesagt hat: Schlagt die Nationalsozialisten tot, wo ihr sie trefft. Für diese offenbar aufgeregte Rede erhielt sie vier Monate Gefängnis! — Ständige Mordhetzer wie Goebbels und Frick z. B. werden nicht bestraft!

Der „Vorwärts" erfährt inzwischen noch, daß Frau St. durch die beleidigenden Zurufe einiger junger Burschen in äußersten Zorn versetzt worden sei, die ihrer Zugehörigkeit zur Eisernen Front egoistische Motive unterschieben wollten.

Nazispione im Berliner Polizeipräsidium.

Die Entwaffnung der Arbeiterschaft.

Im „Völkischen Beobachter" erschien folgende Alarmnachricht:

Wie uns aus zuverlässiger Quelle gemeldet wird, hat der zurzeit in Urlaub befindliche Regierungsdirektor Goehrke aus dem Berliner Polizeipräsidium im März d. J. folgende Pistolen und Waffen ausgegeben:

1. an den Deutschen Metallarbeiterverband, Berlin, Linienstraße 83, 70 Pistolen und 3500 Schuß Munition,
2. an die Konsumgenossenschaft Berlin und Umgebung 90 Pistolen und 5000 Schuß Munition,
3. an die Verlagsgesellschaft des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes Berlin, Inselstraße, 40 Pistolen und 1000 Schuß Munition,
4. an das Reichsbanner Berlin, Sebastianstraße, 40 Pistolen und 2000 Schuß Munition.

Die Ausfolgung der Waffen fand mit Genehmigung des damaligen sozialdemokratischen Polizeipräsidenten Grzesinski und unter Wissen des derzeitigen Leiters der Politischen Abteilung, Kriminalrats Scherler, statt.

*

Der Berliner Polizeipräsident teilt dazu mit: Waffenerwerbsscheine und Waffenlagergenehmigungen, die von der früheren Leitung des Polizeipräsidiums — übrigens ohne Beteiligung des Regierungsdirektors Goehrke — an die besagten Verbände erteilt worden sind, sind bereits vor einiger Zeit wieder zurückgenommen worden; die Waffen sind eingezogen worden.

Und wie steht es mit den Genehmigungen gegenüber anderen Verbänden? Leider sagt der Herr Präsident darüber nichts! Auch wenn darüber nichts weiter mitzuteilen ist, hätte ja wenigstens dies mitgeteilt werden können!

Die Mobilisierung des Nazihaufens.

Der „Vorwärts" erklärt die Tatsache des Waffenbesitzes der erwähnten Verbände damit, daß diese zum Schutze ihrer Anlagen darauf angewiesen seien, einen Selbstschutz einzurichten. In der Tat zeigen die Naziüberfälle auf Gewerkschaftshäuser und andere Einrichtungen der Arbeiterschaft, daß es nötig ist, sich auf Bandenüberfälle durch Nazihorden vorzubereiten.

Diese Vorsicht erscheint um so mehr geboten, als der Berichterstatter des „Daily Expreß", der die Nazis gut kennt, Berichte veröffentlicht, die aus „maßgeblicher", wenn auch „nicht nationalsozialistischer" Quelle stammen sollen, und wonach die

nationalsozialistische Parteileitung einen Befehl an sämtliche körperlich gesunden Nationalsozialisten erlassen habe, sich innerhalb der nächsten acht Tage den Sturmtruppen anzuschließen. Bei Nichtbefolgung werde mit der Ausweisung aus der Partei gedroht.

Als Entschuldigung werde lediglich das Zeugnis eines dem Aerztestab der SA angehörenden Arztes angenommen. Der Berichterstatter meint, daß die Nationalsozialisten bei Durchführung des Befehls bis zum 28. August über eine Armee von mehr als einer Million verfügen würden.

Die Nazis haben dies so bestätigt: Die nationalsozialistische Bewegung verfolge schon immer den Grundsatz, daß die gesunden, kräftigen Parteimitglieder auch in die SA oder SA-Reserve gehen, nur zu dem Zweck, um rein organisatorisch einen engeren Zusammenhalt unter den Parteimitgliedern zu schaffen. Dieser Grundsatz ist jetzt erneut in Erinnerung gerufen. Mit dem Scheitern der Verhandlungen über die Regierungsumbildung oder mit irgend welchen militärischen Absichten hat das nichts zu tun.

*

Wenn nicht mit militärischen, mit welchen „Absichten" soll die Mobilisierung dieser „Reserven" erklärt werden? Diese Armee ist für die Niederschlagung der Arbeiter bestimmt und für sonst nichts. Daß die Nazispitzel im Polizeipräsidium jetzt versuchen, der Arbeiterschaft die Waffen, die sie sich ordnungsmäßig beschafft und nicht wie die Nazis in Kassel gestohlen hat, wegzunehmen, paßt in den Rahmen der allgemeinen reaktionären Aktion gegen das Proletariat durchaus hinein. Der Plan ist richtig ausgedacht; werden die von ihm Betroffenen, die deutschen Arbeiter, diesen Gesellen nicht endlich das Handwerk legen?

„Angriff" lügt wieder das Blaue vom Himmel herunter.

Wir berichteten bereits über die Festnahmen einiger Nazis im Zusammenhang mit den Handgranatenattentaten in Schleswig-Holstein in der Nacht der Wahl. Der „Angriff" hatte darüber Schauermärchen berichtet, die aus der Richtigstellung, die ihm der amtierende Oberstaatsanwalt auf Grund des § 11 des Preßgesetzes geschickt hat, hervorgehen: „**Unrichtig ist**, daß Dr. Först lediglich vorgeworfen wurde, in Erfüllung ärztlicher Pflichten einem SS-Mann ärztliche Hilfe geleistet zu haben. **Richtig ist** vielmehr, daß Dr. Först einige Tage nach der Tat nachmittags um 1 Uhr den Verletzten, der in Rendsburg zu Hause ist, aus seinem Versteck aus Breiholz abgeholt und nach Wesselburen, das 50 bis 60 km abliegt, gebracht hat, und ihn dort nicht in seinem Krankenhaus, sondern privat untergebracht hat. **Unrichtig ist**, daß Dr. Först sich bei seiner Festnahme gerade am Bett eines Kranken befunden hat und ohne vorherige Anmeldung von zwei Kriminalbeamten, einem Offizier und zwei Mann vom Krankenbett weggerissen und ohne Rücksicht darauf verhaftet wurde, daß der Vorfall für den Kranken gefährlich sein konnte. **Richtig ist** vielmehr, daß die Festnahme erfolgte, nachdem zuvor seitens der Regierung für seine Vertretung im Krankenhaus gesorgt worden war und er sich selbst noch im Schlafanzug in seinem eigenen Schlafzimmer befand, als er festgenommen wurde."

*

Wann wird man dieses nun gerichtsnotorische Hetzblatt endlich verbieten! Der bekannte Erlaß Dr. Brachts „... die Presse hat sich ...", nämlich einer anständigen Darstellung zu befleißigen, ist schön und gut. Aber in bezug auf die Nazipresse, und besonders auf den „Angriff" kann man leider sagen: „Es hat sich was!"

Widerspruchsvolle Zeugenaussagen in Ohlau.

Reichsbanner mehr und mehr entlastet.

Die Aussagen der SA- und SS-Leute vor dem Ohlauer Sondergericht bewegen sich in den kraßesten Widersprüchen. Besonders schwierig zu klären ist der Fall des Arbeitersekretärs Manche, der, nachdem er — wie er angibt — einige Schreckschüsse in die Luft abgegeben hat, von Nazis fürchterlich zugerichtet worden ist. Ein SA-Mann sagt dagegen aus, daß er Manche plötzlich aus dem Dunkel habe hervortreten und schießen sehen. Andere wollen ihn gesehen haben, wie er von SA-Leuten verfolgt geflüchtet sei. Andere Zeugen wieder erklären, ihn an der Spitze eines Zuges von SA-Leuten ruhig vorbeigehen gesehen zu haben, und daß dann aus den hinteren Reihen dieses Zuges auf den Ruf: „Schlagt ihn tot!" Manche von SA-Leuten angegriffen worden sei.

Das das „Reichsbanner" nicht angriffslustig gewesen ist, und, wie uns scheint, kommt es auf die Feststellung dieser Tatache wesentlich an, beweist unter anderem auch wieder die Aussage des Wachtmeisters Heppner, der an der Spitze eines SA-Zuges von etwa 300 Leuten durch die Oderstraße gegangen ist, in der die Nazis sich wie Vandalen benommen haben, daß der Zug dabei völlig unbelästigt geblieben sei. Heppner sagt ferner aus, daß er gesehen habe, wie in der Nähe der Postbrücke SA-Leute einen Arbeiter mißhandelt hätten, der mit zwei Frauen ruhig seines Weges ging. Als Heppner ihm beistehen wollte, hat er selber Schläge bekommen.

*

Offenbar wird auch für den Laien, daß die ganze Ausnutzung des Ohlauer Blutsonntags für die politische Agitation gegen die Arbeiterschaft ein verlogener Schwindel ist. Das Gericht selber ist zu einem erheblichen Teil offenbar nicht mehr sehr weit von dieser Ansicht entfernt: Der Berichterstatter der „SAZ" schreibt z. B., daß der Vorsitzende des Sondergerichts gesagt habe: Die Akten des überstürzten Ermittlungsverfahrens seien infolge ihrer Unzuverlässigkeit für die Anklage und Beweisaufnahme überhaupt nicht zu benutzen.

*

Einige Angeklagte sind inzwischen aus der Haft entlassen worden, weil sich ihre völlige Unschuld ohne weiteres feststellen ließ, und einige Beweisanträge der Verteidiger wurden vom Gericht abgelehnt, weil man die zu beweisenden Aussagen der Angeklagten gegen die SA als wahr unterstellt.

*

Das Urteil wird wahrscheinlich am Montag gefällt werden. — Die Beweisaufnahme werde am Freitag mittag geschlossen.

Piccards zweiter Flug.

M. S. Er ist wieder gelandet.

Wenn dies von vornherein sicher gewesen wäre, wer wäre nicht gern mit hinaufgestiegen, weg aus der Hitze der Großstadt, hinauf in die Höhen der Stratosphäre, einsam und — was den Reiz nicht zu vermindern braucht — verfolgt von den Gedanken von Millionen, weg von den Notverordnungen und den Sorgen um Regierungsbildungen, von Wirtschaftskonferenzen und Polizeimeldungen, um dort oben in der Stille für wenige Stunden die Bewegungen der Luft und des Lichts zu belauschen!

Schon die Nacht vorher mit ihren gewissenhaften und daher erregenden Vorbereitungen, der Ausbreitung der Ballonhülle auf dem Flugplatz, dem Einfüllen des Gases, dem Nachprüfen des Gewichts, dem stillen und fieberhaften Arbeiten der Mannschaften, dem Hin- und Hergehen Piccards, dieses einfachen und sympathischen Forschers, der stets an allen Arbeiten selber teilnimmt, gab den wirkungsvollen Auftakt für den Flug in die Stratosphäre, der für den frühen Morgen des 18. August angesetzt war. 40 000 Menschen hatten sich versammelt, aber nichts von Ovationen und feierlichem Abschiednehmen, sondern bis zum letzten Augenblick die gewissenhafteste Beschäftigung mit dem Mechanismus der Gondel und ihrer Apparate, dessen strenge Zweckmäßigkeit den Ausgang dieses Unternehmens dem Zufall entziehen sollte.

Die eigentümliche Verbindung eines großartigen Naturschauspiels, wie es der lautlose Flug in diesen Höhen bieten muß — Piccard ist von Zürich aus über das Hochtal des Engadin und über die lombardische Ebene geflogen —, zusammen mit der Leistung des menschlichen Geistes, der Atmosphäre ihre Gesetze abzufragen, gibt diesem Unternehmen seinen ebenso reinen wie ernsten Reiz. Die Fahrt scheint ganz ohne besondere sensationelle Momente vor sich gegangen zu sein. Gerade das verstärkt den Eindruck, den dieses Unternehmen hinterläßt. So abenteuerlich es dem nicht wissenschaftlich denkenden Menschen erscheint, in einer kleinen Gondel in bisher kaum erforschte Gebiete hinaufzusteigen, so sicher weicht vor dem Naturforscher das Abenteuer zurück bis zu dem Grade, daß er sich schließlich die Frage stellen könnte: „Was sollte denn eigentlich passieren?"

Und dieser Triumph scheint Piccard bei seinem zweiten Aufstieg in die Stratosphäre in noch weit höherem Maße gelungen zu sein als das erste Mal. Denn während er damals stundenlang verschollen war und man schon mit einer Katastrophe rechnete, haben dieses Mal nicht nur seine Funksprüche dauernd von seinem Flug berichtet. Er hat vollkommen einhalten können, was er sich vorgenommen hatte: nur wenige Stunden in der Luft zu bleiben und die Gefahr eines Ueberfliegens der Adria zu vermeiden. Gegen Abend konnte über die ganze Erde die kurze Nachricht verbreitet werden: **Piccard ist um 17.10 Uhr südlich vom Gardasee glatt gelandet.**

*

Es bestätigt sich, daß Piccards Aufstieg ohne Störungen vor sich gegangen ist. Ueber seine Forschungen hat er nach seinen eigenen Worten noch keine Mitteilungen machen können, da alle Apparate versiegelt seien. Es versteht sich von selber, daß die Ablesung und deren Bewertung Zeit und Ruhe verlangt. Sicher ist bisher nur, daß der Ballon die beim ersten Mal erreichte Höhe überschritten hat; der Ballon ist in eine Höhe von annähernd 17 km aufgestiegen.

Das erste Interview, dem Piccard nach seiner Ankunft im Gasthaus standhalten mußte, hat er auf ein Minimum beschränkt. Die Ermüdung der beiden Forscher und die Tatsache, daß sie von wissenschaftlichen Ergebnissen noch nichts melden konnten, rechtfertigt diese Zurückhaltung durchaus. „Glücklich, aber müde!" damit schloß Piccard seine Unterhaltung.

Henri Guilbeaux stellt sich den französischen Gerichten.

Henri Guilbeaux, der Verfasser des Buches „Wladimir Iljitsch Lenin" — einer der ersten Biographien, die über Lenin erschienen sind —, der Lenin während seiner Schweizer Zeit nahegestanden hat und wegen seiner Tätigkeit in Rußland nach dem Kriege von den Clemenceauschen Gerichten wegen „Paktierens mit dem Feinde" in Abwesenheit zum Tode verurteilt worden ist, hat sich jetzt den französischen Gerichten gestellt.

Guilbeaux hatte den Krieg als französischer Frontsoldat mitgemacht und war ordnungsgemäß entlassen worden. Wegen seiner Tätigkeit als radikaler Schriftsteller ausgewiesen, lebte er nach einander in der Schweiz, in Rußland und in Deutschland. Mit dem Pazifisten Romain Rolland zusammen gab er die Zeitung „Demain" („Morgen") heraus. Von der politischen Polizei gehetzt, hat er das schwere Leben eines Emigranten geführt, der auch trotz seiner Hinneigung zu den Ideen Sowjet-Rußlands keinen Anschluß bei der kommunistischen linientreuen Partei gesucht hat. Was ihn jetzt veranlaßt, sich den französischen Gerichten zu stellen, ist vielleicht nur die Hoffnungslosigkeit, aus dem Rest von Freiheit, über die er noch verfügte, irgend etwas herauszuholen. Er hat gesagt, daß er vor den französischen Gerichten Rechenschaft geben wolle über sein Tun. Wir erwarten, daß der Geist Clemenceaus aus den französischen Gerichten etwas gewichen ist und daß in Frankreich Menschen zu finden sein werden, groß genug, einem Menschen das Leben zu lassen, dem man zum mindesten das eine zubilligen muß, daß er seinen politischen Idealen die Treue bewahrt hat.

Das Buch Guilbeaux' über Lenin schildert das Leben Lenins, sein politisches Werk und erst im dritten Abschnitt — ein Beweis für die zurückhaltende Bescheidenheit Guilbeaux' — die Erlebnisse und Erinnerungen, die diesen Franzosen mit dem Führer der russischen Revolution verbanden. Die Widmung, die er seinem Buche voranstellt, das überdies einige der herrlichsten Photographien enthält, die es von Lenin gibt, lautet in der echt französischen Freiheit und Großzügigkeit des Ausdrucksvermögens:

Ihnen, lieber Wladimir Iljitsch,
Sie echter, großer Kamerad,
den ich in einer Zeit dank- und ruhmlosen Kampfes gekannt habe,
Ihnen gehöre
als Zeichen meiner liebevollen, unerschütterlichen Bewunderung,
diese einfache Skizze
Ihres Lebens, Ihres Werkes, Ihrer Tat,
die alle so grade, so einfach, so großartig sind.

H. G.

Krisenzeichen in den USA.

Verschuldete Städte.

Die Ausnahme: das von Sozialisten verwaltete Milwaukee.

In den fetten Jahren der Prosperität haben viele städtischen Behörden in den USA Anleihen über Anleihen gemacht, um großzügige Pläne durchzuführen, die bei weitem nicht im Verhältnis zu den Einnahmen aus Steuermitteln standen. Heute drückt diese Schuldenlast schwer; allein der Zinsendienst verschluckt Riesenbeträge, die im Augenblick weit besser für die Unterstützung Arbeitsloser verwendet werden könnten. In derselben Zeit, in der die Einwohnerzahl von 33 Großstädten um 20 Prozent zugenommen hat, haben sich ihre Schulden um 77 Prozent vermehrt.

Im Durchschnitt beläuft sich die Schuldenlast von 219 Städten pro Kopf der Bevölkerung auf 114 Dollar oder 400 bis 500 Dollar pro Familie. New York steht an führender Stelle mit über 1,2 Milliarden Dollar Schulden; der Zinsendienst 1930 betrug über 149 Millionen Dollar oder fast 25 Prozent des Budgets von 621 Millionen Dollar.

Milwaukee, eine von Sozialisten verwaltete Stadt, bildet eine Ausnahme. Mit einem Ueberschuß von 4 Millionen Dollar ist Milwaukee besser als irgend eine andere amerikanische Stadt gleicher Größe in der Lage, für Arbeitslose und Bedürftige zu sorgen. Seit 1916 ist die Verwaltung in den Händen des sozialistischen Bürgermeisters Hoan.

Chicago.

Nicht nur infolge der Depression, sondern mehr noch wegen erheblicher Schiebungen und Fälschungen bei der Berechnung der Grundstückssteuern, ist Chicago heute in einer trostlosen finanziellen Lage. Die städtischen Angestellten sind seit 2½ Monaten nicht bezahlt; die Lehrer warten seit 4½ Monaten und länger auf ihr Gehalt. Obgleich über 10 Millionen Dollar für private Wohlfahrtspflege gesammelt und weitere 18 Millionen Dollar vom Staate Illinois bewilligt wurden, steht Chicago Ende Juli vor der Tatsache, daß es seine 130 000 verarmten Familien mit rund 500 000 Menschen nicht mehr unterstützen kann.

Der Bürgermeister von Chicago, Cermak, ist in Washington vorstellig geworden, um bundesstaatliche Hilfe zu erwirken. Noch im vorigen Winter wurde jegliche Unterstützung von Washington verpönt, und Sozialisten wurden verlacht, als sie solche Hilfe forderten. Heute laufen von allen Teilen des Landes Gesuche um finanzielle Hilfe ein; keine der Großstädte wird den kommenden Winter allein mit Hilfe privater Spenden überstehen. Als Cermaks Gesuch abgewiesen wurde, antwortete er: *Wenn ihr uns kein Geld schickt, sendet Truppen.*

Die hohen republikanischen Politiker werden anscheinend von diesen Tatsachen wenig berührt. Der frühere Vize-Präsident Dawes, jetzt wieder Privat-Bankier, erklärte vor kurzem: „Ich glaube, daß wir den Wendepunkt der Krise erreicht haben." Er muß es ja wissen; denn in den ersten beiden Juni-Wochen mußten 32 Banken in Chicago die Tore schließen. Wie wenig Wert solchen Orakeln beizumessen ist, geht daraus hervor, daß derselbe Dawes im Juni 1930 erklärt hat: die Leute merkten gar nicht, wie die Verhältnisse nach und nach besser werden. Nach zwei Jahren haben die Leute leider die Entdeckung machen müssen, daß es ihnen weit schlechter geht als 1930 und daß Dawes ein Schwätzer ist.

W. H. (St. Louis).

Schrumpfender Außenhandel.

		Einfuhr nach den USA	*Ausfuhr* aus den USA
		in Millionen Mark	
Monatsdurchschnitt	1927	1460	1668
Monatsdurchschnitt	1929	1510	1805
Monatsdurchschnitt	1930	1048	1321
Monatsdurchschnitt	1931	717	834
April	1932	535	573
Juni	1932	508	483
Juli	1932	332	449

Steigende Arbeitslosigkeit.

Nach der Schätzung der amerikanischen Gewerkschaften ist die Arbeitslosigkeit in den USA seit Jahresbeginn fast dauernd gestiegen:

Januar	10 Millionen
Februar	10,5 „
März	10,5 „
April	10,5 „
Mai	10,8 „
Juni	11 „
Juli	11,6 „

Und die Börsenkurse?

Die nachstehende Tabelle verzeichnet einige, allerdings nicht bedeutende Rückschläge in der Kursbewegung. Eisenbahn-Aktien sind jedoch zum Beispiel auch seit Ende voriger Woche weiter im Kurs gestiegen.

	13. 7.	27. 7.	10. 8.	17. 8.	18. 8.
U. S. Steel (Stahl)	28⅛	27⅜	42⅞	40¾	41⅜
General Electric	10	13⅜	18⅞	18	18½
American Telephone and Telegraph	74⅝	82½	114¾	110¼	112⅜
International Telephone and Telegraph	5¼	5¾	9½	11⅛	11⅜
General Motors (Autos)	8⅜	9¼	15¾	14¼	14⅛
Allied Chemical	47⅞	52½	80½	77¼	79
Pennsylvania (Eisenbahn)	7⅞	10⅛	16¼	16	17
New York Central (Eisenbahn)	12⅛	14¾	24	25¾	26⅜

Politiker als Propheten.

Wer glaubt diesen Agitatoren noch ein Wort?

Wir entnehmen aus der New Yorker „Nation" die folgende Auslese von Prophezeiungen kapitalistischer Führer in den USA seit Beginn der „vorübergehenden Depression".

September 1928	Mellon (Schatzsekretär, jetzt Gesandter in London): Wir haben keine Ursache, besorgt zu sein. Die Prosperitätsflut wird anhalten.
September 1929	Präsident Hoover: Die Fundamente unseres Wirtschaftslebens stehen auf fester und günstiger Basis.
November 1929	Legge, Präsident der staatlichen Farmbehörde: Es sieht so aus, als ob unsere Industrie nach Arbeitern suchen muß, anstatt irgend jemand abzubauen.
Dezember 1929	Henry Ford: Die Situation sieht weit besser aus als im Vorjahre.
Februar 1930	Staatliches Arbeitsamt: Innerhalb der nächsten 60 oder 90 Tage wird das Land wieder auf normaler Basis sein.
März 1930	Lamont, Handelsminister: In zwei Monaten wird alles wieder normal sein.
Mai 1930	Präsident Hoover: Ich bin überzeugt, daß das Schlimmste hinter uns liegt und daß wir uns schnell erholen werden.
Juni 1930	Davis, damals noch Arbeitsminister: Das Schlimmste ist ohne Zweifel vorbei.
Juli 1930	Reynolds, Chicagoer Bankier: Es würde für manchen eine Ueberraschung sein, wenn er wüßte, wie gut die Geschäfte jetzt sind. (1930 machten 26 355 Banken bankerott mit über 440 Millionen Dollar Vermögen!)
September 1930	Sisson, New Yorker Bankier: Im Frühling 1931 wird es beginnen, besser zu werden.
Oktober 1930	Raskob, Finanzmann der demokratischen Partei: In drei Monaten ist die Depression hinter uns.
März 1931	Henry Ford: Dies sind wirklich gute Zeiten, aber nur wenige wissen es.
Mai 1931	Peabody, Präsident des Renn-Vereins von Illinois: Guter Besuch von Wettrennen ist eines der besten Anzeichen, daß die Wirtschaft sich erholt hat.
Mai 1931	Morgan, Bankier, auf eine Frage, was er über die Depression denkt: „Welche Depression?"
Januar 1932	Mellon: Wir sind inmitten einer ernsten Notlage. (Ihm ist endlich ein Licht aufgegangen!)

Weckt sie nicht auf!

„Was sagten Sie dem Manne eben?"
„Ich sagte ihm, er solle sich beeilen."
„Was berechtigt Sie, ihm das zu sagen?"
„Ich bezahle ihn, damit er sich beeilt."
„Wieviel zahlen Sie ihm?"
„Zwei Dollar täglich."
„Woher nehmen Sie das Geld, um ihn zu bezahlen?"
„Ich verkaufe Ziegelsteine."
„Wer macht die Ziegelsteine?"
„Er."
„Wieviel Ziegelsteine macht er?"
„24 Mann machen täglich 24 000 Steine."
„Also, anstatt daß Sie ihn bezahlen, bezahlt er Ihnen täglich 5 Dollar, damit Sie umherstehen und ihm sagen, daß er sich beeilen soll."
„Schon recht, aber ich besitze die Maschinen."
„Wie haben Sie die Maschinen erlangt?"
„Ich verkaufte Ziegel und kaufte die Maschinen."
„Wer macht die Ziegel?"
„Schweigen Sie! Sie wecken die törichten Gesellen auf, und dann werden sie die Ziegel für sich selber machen wollen."

(Aus dem Englischen; Uebersetzung aus der „Einheitsfront".)

Wohlfahrtsanstalt in Betrieb.

Der Generaldirektor Franz Stapelfeldt verlangt für seine Firma, die Deschimag (Deutsche Schiff- und Maschinenbau-A.-G. in Bremen) 10 Millionen Mark Staats-Subventionen.

Die Gesellschaft ist krank, sie muß saniert (gesund gemacht) werden oder in Konkurs gehen, — das ist richtig. Die Frage ist nur: Wer soll dabei verlieren? Der Herr Generaldirektor denkt sich die Sache so:

Bei Sanierung der J. F. Schroeder-Bank (Bremen) hat das Reich 7 Millionen Mark Forderungen dieser Bank an die Deschimag übernommen. Es soll sie streichen.

Die Deschimag hat seiner Zeit eine Anleihe in Höhe von 6 Millionen Mark aufgenommen. Die Hälfte der Anleihe hat das Reich bei der Sanierung der Schroeder-Bank übernommen. Das Reich soll auch diese 3 Millionen Mark streichen. — Die übrigen 3 Millionen Mark der Anleihe liegen beim Norddeutschen Lloyd und der Deutschen Dampfschiffahrtsgesellschaft „Hansa". Diese beiden Unternehmungen sollen ihren Anteil an der Anleihe von 3 Millionen Mark nicht etwa streichen, sondern dafür 3 Millionen Mark Aktien erhalten!

Die Bankengläubiger der Deschimag sollen 3,7 Millionen Mark in folgender Form erhalten: 1 Million Mark in neuen Aktien der Deschimag, 2,7 Millionen Mark in Gestalt von Grundstücken in Bremerhaven und Stettin. Von einer Abwertung oder gar Streichung ist nicht die Rede!

Ein Gulden-Kredit aus dem deutsch-niederländischen Finanzabkommen soll voll anerkannt werden. Es handelt sich um 800 000 Gulden (1 360 000 Mark).

Das Aktien-Kapital der Deschimag von 14 Millionen Mark soll im Verhältnis 20 : 1 auf 700 000 Mark zusammengelegt werden. Das heißt zum Beispiel: der Besitzer von 20 Aktien zu 1000 Mark erhält eine neue Aktie zu 1000 Mark. Die Aktionäre erkennen also den Verlust zum größten Teil an. Das Aktien-Kapital soll dann um 5,3 Millionen Mark auf 6 Millionen Mark erhöht werden. 4 Millionen Mark Aktien gehen nach dem Plan des Herrn Generaldirektors an die Banken, den Norddeutschen Lloyd und die „Hansa". 1,3 Millionen Mark sollen zum Nennwert von Interessenten gekauft werden. Nur so viel neue Mittel würden also der Deschimag zufließen.

•

Wir berichten ausführlich über diesen Vorschlag zur Gesundmachung der Deschimag, weil er typisch ist für das, was deutsche Unternehmer — nach der Ankündigung: „Abbau des Wohlfahrtsstaates"! — verlangen. Der Staat soll auch dann auf seine Forderungen *verzichten*, wenn andere Gläubiger, die in genau derselben Rechtslage sind, *voll entschädigt* werden.

Sozialisierung der Verluste möglichst zu 100 Prozent, — so sieht die Wohlfahrtsanstalt aus, die von der deutschen Regierung betrieben wird.

H. H.

Nicht alle Subventionen sind falsch.

Schweizer Hoteliers und deutsche Großagrarier.

In den Schweizer Hotels sind trotz der Hochsaison nur 20 bis 30 Prozent der Betten belegt. Die Hoteliers verlangen Hilfe vom Staat. Ihr Notschrei wird natürlich gehört. Denn die Hotel-Industrie hat für die Schweiz eine große Bedeutung. In diesem Wirtschaftszweig waren 1928 schätzungsweise 1¼ Milliarden Franken, davon 900 Millionen Hypotheken-Gelder, angelegt. Die Schweizer Fremdenindustrie hat in den Jahren 1927 bis 1929, wenn man die Ausgaben der schweizerischen Reisenden im Ausland abzieht, im Jahresdurchschnitt für 300 Millionen Franken Devisen ins Land gebracht, wodurch mehr als die Hälfte des schweizerischen Einfuhr-Ueberschusses bezahlt wurde. Man rechnet, daß das laufende Jahr für die schweizerische Fremdenindustrie einen Ausfall von mindestens 50 Prozent bringen wird. Ein schwerer Ausfall für die Schweizer Wirtschaft als Ganzes und für die unmittelbar Betroffenen.

Welche Maßnahmen zugunsten der Fremdenindustrie sind zu erwarten? Zunächst ein Bundesbeschluß, durch den die Zwangsvollstreckung gegen Hotelgrundstücke so gut wie ausgeschlossen wird. (In der Schweiz werden die Hoteliers also behandelt wie in Deutschland die Großagrarier!) Die Gläubiger müssen sich mit einer Stundung ihrer Kapitalforderung unter Umständen bis 1940 abfinden. Aufgelaufene Zinsen werden ebenfalls gestundet. Um den Gläubigern wenigstens die Zinsen bald zukommen zu lassen, wird die „Hoteltreuhandgesellschaft" — die während des Weltkrieges ähnliche Aufgaben hatte — wieder ins Leben gerufen werden. Sie wird aus Staatsmitteln den Hoteliers insbesondere zur Zahlung aufgelaufener Zinsen langfristige Darlehen geben.

•

Die hier beschriebenen Subventionen müssen auch von Sozialisten anders beurteilt werden als Subventionen an die deutschen Großagrarier. Durch die deutsche Agrarpolitik wird unter riesiger Belastung der Konsumenten eine in Zeiten der Krise, aber auch *in Zeiten guter Konjunktur konkurrenzunfähige* Gruppe von Großgrundbesitzern durch die Krise geschleppt. In der Schweiz jedoch handelt es sich darum, einem Gewerbe, das in Zeiten besserer Konjunktur ohne Staatshilfe durchaus rentiert, über die Krise wegzuhelfen. Gegen mäßige Subventionen zu diesem Zweck ist also wohl nichts einzuwenden. Ob die beschriebene Art der Subvention die zweckmäßigste ist, bleibt dahingestellt.

Damit bei besserer Konjunktur die Einrichtungen der Schweizer Fremdenindustrie, die Hotels und Bergbahnen und die Bergluft nicht nur von einer kleinen Klasse ausgenutzt werden, ist freilich eine radikale Aenderung der Einkommensverteilung notwendig. Wenn wir es für berechtigt halten, daß die Schweiz mit Hilfe vergleichsweise mäßiger Staatsmittel die Schweizer Fremdenindustrie erhält, so müssen wir daher sofort hinzufügen, daß es Sache der Sozialpolitik (im weitesten Sinne) ist, dafür zu sorgen, daß die so erhaltenen Einrichtungen nicht von den Mitgliedern der herrschenden Klasse als Konsumenten monopolisiert werden.

— t.

IRLAND

Achtfacher Weizenbau! Die Regierung will im nächsten Jahr mindestens die Hälfte des irländischen Weizenbedarfs im Inland decken. Sie will für drei Jahre einen Einheitspreis für einheimischen Weizen garantieren und dadurch die Bauern anreizen, im nächsten Jahr 250 000 statt 30 000 acres mit Weizen zu bebauen (1 acre = 0,4 Hektar).

Staatliche Preisüberwachung: Die Absperrung Irlands durch Schutzzölle, auch gegenüber England, führt voraussichtlich zu einer erheblichen Steigerung der Lebenshaltungskosten. Die Regierung wendet das als wirkungslos altbewährte Mittel an und setzt eine Preisüberwachungs-Kommission ein. Zur Beruhigung der Hausfrauen: unter den fünf Kommissions-Mitgliedern müssen mindestens zwei Frauen sein.

DEUTSCHLAND

Verbilligung des Geflügelfutters. Warum? Die Geflügelfutterfirmen haben sich dem Reichsernährungsminister vertraglich verpflichtet, keinen Reis in Mischfutter zu verwenden und sofort 125 000 Tonnen Inlandsroggen zu kaufen und frühestens nach vier Monaten zu verkaufen. Zweck: Hochhaltung des Roggenpreises. (So viel Roggen können jene Firmen übrigens in Mischfutter gar nicht verkaufen; man rechnet mit jährlich 75 000 Tonnen Inlandsgetreide einschließlich Weizen für Geflügelmischfutter.) Durch all diese Maßnahmen wird der Preis für Futtergetreide hochgehalten. Gleichzeitig wird den Geflügelhaltern zugesichert, sie würden pro Huhn 10 Kilo Mischfutter unter dem Preis von Futtergetreide erhalten. Die Futtermittelfirmen wälzen die Kosten jener merkwürdigen Aktion zur Entlastung des Roggenmarktes natürlich auf ihre Käufer ab. Der Erfolg des Ganzen wird also sein: Die Geflügelfarmen schleppen die Großagrarier durch die Krise.

Staatliche Sicherung der Herbstdüngung: Der Reichsfinanzminister ist durch Verordnung ermächtigt worden, für Düngemittellieferungen Bürgschaften bis zur Höhe von 14,2 Millionen Mark zu übernehmen. — Was bleibt auch übrig, nachdem der Staat durch Erhaltung bankerotter Betriebe weitgehend gesunde Betriebe bankerott oder doch kreditunfähig gemacht hat?